Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1921 Nr. 208 — Jahrgang 214

Bezugspreis: für hiesige und auswärtige Bezieher monatlich Mk. 7.56, vierteljährlich Mk. 22.68 frei Haus. Durch die Post bezogen zuzüglich postal. Bestellgeld.

Morgen-Ausgabe — Mittwoch, 11. Mai

Anzeigenpreis: Die 8gesp. 34 mm breite mm-Grundzeile 60 ₰. Die 3gesp. 90 mm breite mm-Reklamezeile 8,00 ₰. Rabatt nach Tarif. Erfüllungsort Halle-Saale.

Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610. — Postscheckkonto: Leipzig 20512.

Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6290. Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag u. Druck von Otto Thiele, Halle-Saale

Ein Tag der Schmach!

Reichskanzler Wirth hat sein Kabinett gebildet und schlägt dem Reichstage die Annahme des Ultimatums vor

w. Berlin, 10. Mai.

Um 9 Uhr wird die ursprünglich auf 7 Uhr festgesetzte Sitzung eröffnet. Das Haus ist dicht besetzt. Die Tribünen sind bis auf den letzten Platz gefüllt. In der Diplomatenloge sitzen zahlreiche Vertreter der Entente und neutraler Staaten.

Der neue Reichskanzler Dr. Wirth nimmt mit den Mitgliedern seines Kabinetts am Regierungstisch Platz.

Um 9 Uhr eröffnet Präsident **Loebe** die Sitzung mit folgender Ansprache:

Der Reichstag hat sich versammelt, um eine Entscheidung von unabsehbarer Tragweite zu fällen. Indem ich die Sitzung eröffne, gebe ich dem Wunsche Ausdruck, daß unsere Verhandlungen von dem Ernst getragen sein möchten, den die geschichtliche Stunde uns allen gebietet.

Unter den Eingängen befinden sich die Erklärung der Alliierten vom 5. Mai mit den Reparationsverpflichtungen und das Abkommen zwischen der deutschen Regierung und der russischen sozialistischen Sowjetrepublik über die Erweiterung des Tätigkeitsgebietes der beiderseitigen Delegationen.

Zur Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung erhält das Wort

Reichskanzler Dr. Wirth:

Der Herr Reichspräsident hat mich ersucht, die Kabinettsbildung zu übernehmen, und ich habe geglaubt, in einer so entscheidungsschweren Stunde mich diesem Ruf nicht versagen zu können. Die Ergänzung des Kabinetts soll in Erwägung aller für seine Zusammensetzung wesentlichen Gesichtspunkte unverzüglich in Angriff genommen werden. Die Aufgabe in dieser schweren Stunde ist, die Entscheidung des Reichstages über das **Ultimatum der Alliierten herbeizuführen.** Im Hinblick auf den Ablauf der Frist muß ich Sie bitten, dieser Ihrer Meinung durch energische Entschließung Ausdruck zu geben. Es bleibt uns keine andere Möglichkeit als Annahme oder Ablehnung. Das Ja bedeutet, daß wir uns bereiterklären, die schweren finanziellen Lasten, die man Jahr für Jahr von uns fordert, in fleißiger Arbeit zu tragen, die Ablehnung aber würde bedeuten die Zwangsvollstreckung an unserer ganzen Volkswirtschaft. Das würde bedeuten Sklavenarbeit unter Aufsicht feindlicher Bajonette, würde bedeuten die Auslieferung der Grundlagen unserer ganzen industriellen Tätigkeit, Zerreißung unseres so stark geschwächten Wirtschaftskörpers und Knebelung unseres ganzen Erwerbslebens wären die Folge. Aber noch ungeheuerlicher könnten sich die Wirkungen auswachsen für unsere politische Existenz, für unser Reich. Es steht mehr als Geld und Gut auf dem Spiele. (Sehr richtig!) Es handelt sich um die ganze Zukunft unseres hartgeprüften, geliebten Vaterlandes. Das deutsche Volk ist zu den höchsten materiellen Opfern bereit. **Die deutsche Regierung nimmt aus diesem Grund das Ultimatum an.** Die Verantwortung für die weltwirtschaftlichen Folgen des Ultimatums liegt auf der Gegenseite. Nur durch Leistungen können wir unsere Gegner von der Aufrichtigkeit unseres Wollens überzeugen, und dadurch die Atmosphäre schaffen, in der eine erträgliche Handhabung der Londoner Beschlüsse im Rahmen unserer Leistungsfähigkeit gesichert wird. Durch die

Annahme des Ultimatums

beseitigen wir die nahe drohende Besetzung des Ruhrgebietes. Die vielfach geäußerte Besorgnis, daß es auf jeden Fall, mögen wir unterzeichnen oder nicht, zum Einmarsch kommen werde, findet in dem Ultimatum keine Stütze. Nach seinem Sinn und Wortlaut bildet die Abstandnahme von Sanktionen, insbesondere die **Nichtbesetzung des Ruhrgebietes, die Grundlage der Annahme des Ultimatums.** Daß wir bei dieser schicksalsschweren Entschließung unseren Blick auch auf **Oberschlesien** richten, bedarf keiner Begründung. In dieser Hinsicht vertrauen wir fest auf das Ergebnis der Volksabstimmung. Worauf es jetzt ankommt, ist, daß die alliierten Regierungen den von polnischer Seite gemachten Versuch, eine allem Recht Hohn sprechende vollendete Tatsache zu schaffen, nicht dulden werden, daß in keinem Falle ein polnischer Diktator die wenigen Rechte, die uns der Friedensvertrag gibt, mit Füßen tritt. Dieser Friedensvertrag, aus dem uns so gigantische Lasten auferlegt werden, gründet für die alliierten Regierungen heilige Pflichten. **Die neugebildete Regierung empfiehlt Ihnen nach gewissenhafter Prüfung die Annahme des Ultimatums.** (Beifall.)

Das Haus tritt sofort in die Besprechung ein. Für die **Sozialdemokratie** gab

Abg. **Wels** eine Erklärung ab, die besagt, die politische Verantwortung für Annahme und Ausführung des Ultimatums fiele nach Auffassung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion jenen Parteien zu, die am meisten zur Verlängerung des Krieges und zur Vermehrung seiner Lasten beigetragen hätten. Da aber jene Parteien in schwerster Stunde versagten und auf einer Politik beharren, die unmittelbar zur Auslieferung deutscher Landesteile in feindliche Hand führt, hält es die sozialdemokratische Reichstagsfraktion für ihre Pflicht am Volke, sie von den eigentlichen Verantwortlichen im Stiche gelassenen Aufgaben mit zu übernehmen. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat daher ihre Teilnahme an einer Regierung beschlossen, die durch Annahme des Ultimatums Deutschland vor dem unmittelbaren katastrophalen Folgen einer Ablehnung retten und den ehrlichen Versuch machen will, das uns Auferlegte nach bestem Können zu erfüllen. Zur Lösung ihrer schwierigen und verantwortungsvollen Aufgabe bedarf die Regierung der Einsicht und hingebungsvollen Unterstützung der weitesten Volkskreise. Aus diesem Grunde sind wir zur **Unterstützung der neuen Regierung bereit.** (Lebhafter Beifall bei den Soz.)

Das Kabinett Wirth

w. Berlin, 10. Mai. (Amtliche Meldung.)

Der Reichspräsident hat den bisherigen Reichsfinanzminister Dr. Wirth unter Ernennung zum Reichskanzler mit der Bildung des Kabinetts beauftragt und nach dessen Vorschlägen folgende Reichsminister ernannt:

Reichsschatzministerium und Vizekanzler: Bauer (Soz.);
Inneres: Dr. Gradnauer (Soz.);
Wirtschaft: Robert Schmidt (Soz.);
Justiz: Dr. Schiffer (Dem.);
Heer: Dr. Geßler (Dem.);
Post: Giesberts (Zentr.);
Verkehr: Groener;
Arbeit: Dr. Braun (Soz.);
Ernährung: Dr. Hermes;
Aeußeres: mit einstweiliger Wahrnehmung der Geschäfte beauftragt: Dr. Wirth (Zentr.);
Finanzen und Wiederaufbau: noch unbesetzt.

Abg. **Trimborn** gab namens der **Zentrumsfraktion** eine Erklärung ab, in der es heißt: Bei der Abwägung der Gründe für und gegen die Ablehnung haben wir es für wahrscheinlich erachtet, daß das Deutsche Reich und das deutsche Volk bei der Annahme der Forderungen der Alliierten in seinem Fortbestand weniger gefährdet sei wie bei den mit ihrer Ablehnung eintretenden Wirkungen. Im Falle der Ablehnung sind wir mit der Besetzung des Ruhrgebietes bedroht. In der Ueberzeugung, daß es für die Erhaltung und für die Wiederaufrichtung Deutschlands keinen anderen Weg gibt als die Unterschrift der Reichsregierung, haben wir uns entschlossen, unsere **Zustimmung zu ihr** und unser Ja zum Ausdruck zu bringen, womit wir zugleich die Erfüllung unserer Entwaffnungsfrage aussprechen. Dem Kabinett, das auf der Grundlage der Bereitschaft zur Unterschrift gebildet wurde, sprechen wir unser Vertrauen aus. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Dr. **Stresemann** (D. Vp.): Die Fraktion ist einmütig der Auffassung, daß die uns im Ultimatum zugemuteten Leistungen nicht ertragen werden können, ohne zum Zusammenbruch zu führen. Das Ultimatum erfolgt zu einer Zeit, wo unsere Grenzen noch nicht einmal feststehen, und nötigt uns in der Zeit schwerster Gefahr, unsere Wehr im Osten aufzugeben. Zudem haben unsere Forderungen auf Garantien wegen Aufhebung der Sanktionen bislang keine befriedigende Antwort gefunden. Aus diesem Grunde haben wir unsere Zustimmung zur Unterzeichnung nicht geben können. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Hergt (deutschnat.)

Die Regierung ruht auf schwachen Füßen. Die Erklärung der Sozialdemokratie schob die Verantwortung dem Bürgertum zu. Dabei weiß sie, daß diese Voraussetzungen nicht zutreffen. Es gibt niemanden im Volke, der diese Zumutungen für durchführbar hält. Der ganze auswärtige Ausschuß von rechts bis links stand auf diesem Standpunkte. Die Sozialdemokraten können daher jetzt die Verantwortung nicht ablehnen dafür, daß die deutsche Arbeiterschaft in widerstandslose Abhängigkeit vom Auslande gebracht wird. (Proteste links.) Der Reichskanzler hat gemeint, die Ablehnung werde zur Sklaverei führen. In Afrika hat man die Sklaverei abgeschafft. Durch dieses Ultimatum wird sie bei uns eingeführt. Die oberschlesische Frage wird zweifellos durch die Annahme in ein neues Stadium gebracht. Gewisse englische Zusicherungen sollen davon sprechen, was bezieht sich aber nur auf gewisse Bezirke Oberschlesiens, nicht auf das ganze ungeteilte Oberschlesien. Die Regierung gibt sich hier also großen Illusionen hin.

Solange uns nicht bündige Versicherungen vorliegen, daß uns ganz Oberschlesien ungeteilt zufällt, konnten wir nicht das Ultimatum annehmen. Darum haben wir uns zu unserer Stellungnahme durchgerungen. **Es handelt sich hier auch nicht allein um Geld und Gut, es handelt sich auch um moralische Gesichtspunkte, um Deutschlands Ehre.** (Proteste und Zurufe der Abgg. Bartz und Remmele, die einen Ordnungsruf erhalten.)

Der Schluß des Reichstages war in der vorgerückten Nachtstunde nicht mehr zu erhalten. Immerhin wird es kommen, wie Reichskanzler Wirth vorschlug: Der Reichstag wird das Ententeultimatum annehmen.

Die Nachmittagsberatungen der Parteien

Gestern 1.15 Uhr mittags begannen die Besprechungen der Führer der alten Koalitionsparteien aus der Nationalversammlung. Diese dauerten bis 1.30 Uhr. Bei diesen Besprechungen versuchte man die Deutsche Volkspartei zum Eintritt in die neue Regierung zu veranlassen. Die Führer der Fraktionen sahen jedoch dazu noch keine Möglichkeit. Um 1.50 Uhr **lehnte die Deutsche Volkspartei den Vorschlag auf Beteiligung am Durchführungskabinett mit überwältigender Mehrheit ab.** Damit scheidet also die Möglichkeit einer Verbreiterung der Koalition vorläufig aus. Uebrigens ist eine Koalition von der Deutschen Volkspartei bis zu den Mehrheitssozialisten auch kaum möglich, schon deshalb nicht, weil sich die Deutsche Volkspartei mit überwiegender und die demokratische Fraktion mit einer Stimme Mehrheit im Gegensatz zu den Mehrheitssozialisten und zum Zentrum **für Ablehnung des Ultimatums** ausgesprochen hat. Damit ist aber nicht gesagt, daß auch die Demokraten nicht in die alte Koalition eintreten könnten.

Nach der Beratung der Parteiführer der Koalitionsparteien traten auch die Fraktionen der Demokraten und Mehrheitssozialisten zu Beratungen zusammen.

Es ist kein Mittel unversucht gelassen worden, um die Mehrheit für den Unterwerfungsbeschluß zustande zu bringen. So ist es gekommen, daß man in den bürgerlichen Parteien keine einheitliche Stellungnahme erzielen konnte. **Geschlossen sind nur die Deutschnationalen vom ersten bis zum letzten, selbstverständlich in ablehnendem Sinne.** In der Deutschen Volkspartei ist die Stimmung gespalten. Wir berichteten bereits über den Beschluß, den die Deutsche Volkspartei am Montag gefaßt hat. Darüber erhalten wir jetzt aus Berlin nähere Angaben: Die Fraktionssitzung am Montag endete mit dem Ergebnis, daß bei Anwesenheit von 45 Mitgliedern 30 für unbedingte Ablehnung des Ultimatums, 3 für unbedingte Annahme des Ultimatums stimmten, 10 Abgeordnete dagegen ihre Haltung davon abhängig machten, ob die vier Punkte, die die Führer der Regierungsparteien in der Sitzung des interfraktionellen Ausschusses am Sonntag als Voraussetzung für die etwaige Zustimmung zu dem Ultimatum bezeichnet hatten, besahend beantwortet werden könnten.

In der gestrigen Fraktionssitzung der Volkspartei haben sich die Abgeordneten Stinnes und Vögler noch einmal mit Nachdruck gegen die Annahme ausgesprochen, und so kam es zu dem obenerwähnten Beschluß der Fraktion.

Oberschlesien!

Preußischer Landtag

w. Berlin, 10. Mai.

Auf eine Anfrage der Abg. Frau Dr. Wegscheider (Soz.) erklärt ein Vertreter der Regierung, bei den in der Rheinprovinz verwendeten Schullesebüchern, in denen vom Kaiserreich Deutschland und vom Königreich Preußen die Rede sei, handele es sich um den Neudruck eines alten Lesebuches, nicht um eine neue Ausgabe.

Darauf wird der Antrag auf **Erhöhung der Bezüge und Dienstaufwandsentschädigung der Generalsuperintendenten, Geistlichen, Mitglieder des Oberkirchenrates und katholischen Geistlichen** in namentlicher Abstimmung **mit 210 gegen 131 Stimmen angenommen.** Das Ergebnis wird von der Rechten und Mitte mit lautem Bravo, von der Linken mit lebhaften Pfuirufen aufgenommen. Als Abg. Schulz-Neukölln (Kom.) der Rechten zuruft: „Schamlose Gesellen!", wird er vom Präsidenten zur Ordnung gerufen.

Antrag Kloft (Zentr.) auf Annahme eines Gesetzentwurfs über Erhebung von Nachtragsumlagen durch Gemeinden und Gemeindeabgaben für 1920 und auch nach dem 1. April 1921 wird nach kurzer Debatte an den Gemeindeausschuß verwiesen. — Die Redner der Linken bezeichnen den Antrag angesichts der Notlage der Städte, denen alle wesentlichen Steuern durch Reich und Staat genommen sind, als Flickwerk, das dem Bankerott der Städte nicht abhelfen könne. — Die Redner der Rechten erkennen diese Schwierigkeiten auch an, meinen aber, daß der Antrag wenigstens für den Augenblick eine Hilfe sei.

Es folgt die **große Anfrage des Abg. Siering** (Soz.) und Genossen über den

Aufstand in Oberschlesien

und die Verhütung kriegerischer Verwicklungen in Verbindung mit dem kommunistischen Antrag auf Rückgängigmachung etwaiger kriegerischer Maßnahmen gegen die Polen und dem gemeinsamen Antrag der bürgerlichen Parteien über den Aufstand in Oberschlesien und die Wiederherstellung von Ruhe, Sicherheit und Ordnung.

Abg. **Braun** (Soz.) schildert die Schreckensherrschaft der polnischen Banden unter ihrem selbstherrlichen Führer Korfanty, erwähnt das Versagen der Entente und macht namentlich den Franzosen den Vorwurf, sich nicht nur passiv zu verhalten, sondern auch den Polen aktiv Vorschub zu leisten, während er andererseits den Italienern für ihr Bemühen, den Verträgen zum Recht zu verhelfen, unter dem Beifall des Hauses volle Anerkennung zollt. Die Mitteilung Briands beruhe auf einer falschen Beurteilung der Sachlage und stütze sich anscheinend auf Angaben Korfantys. Von einer Besserung der Lage könne keine Rede sein. Die deutsche Arbeiterschaft lasse sich allerdings nicht von ihrer Pflicht abbringen, ihre Arbeit zu tun. Aber auch sie empfinde den Druck der polnischen Banden, und diese Ruhe, die Briand meine, sei nicht die gewünschte. Zugegeben müsse werden, daß die Extremen von links ebenso wie die von rechts gern ihr Süppchen an dem Feuer kochen möchten, das die polnischen Banden angezündet haben. **Eine Räterepublik mit Korfanty** an der Spitze könne nicht in der Absicht derjenigen liegen, die es ehrlich mit der Arbeiterschaft meinten. Andererseits könnten wir **der Gewalt nicht mit Gewalt be-**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192105111-16/fragment/page=0001

gegnen, wie es die Rechte wolle. Wir können uns nicht in neue Kriegsabenteuer stürzen lassen. Wir können nur an dem Recht festhalten, daß **Oberschlesien vergewaltigt** worden ist. (Bravo!)

Abg. **Schulz**-Neukölln (Kom.) begründet den kommunistischen Antrag, verwahrt sich gegen jede Gemeinschaft mit der Rechten und greift den Vorredner an, dessen Partei gemeinsam mit den Deutschnationalen einen geradezu widerwärtigen Abstimmungsrummel in Oberschlesien inszeniert habe. Die Sozialdemokraten hätten sich mit den Stinnesleuten geeinigt und die Kriegsgefahr noch verschärft. Redner greift sodann die Regierung wegen der falschen Meldungen über die aktive Teilnahme der Franzosen an den polnischen Gewalttaten an. Die Arbeiter wehren sich gegen jede nationale Hetze, ob deutsch oder polnisch. In erster Linie kämen allerdings die deutschen Unternehmer in Frage. (Lärm.) Die breit angelegten Ausführungen des Redners führen zu lebhaften Unterbrechungen und Rufen: „Zur Sache!" Redner verlangt Zusammenschluß der deutschen und polnischen Arbeiter zum gemeinsamen Kampf gegen die kapitalistischen Unterdrücker in Oberschlesien. Die Reichswehr sei bereits mobil, das müsse verhindert werden.

Abg. **Dr. Porsch** (Zentr.) begründet den gemeinsamen Antrag der bürgerlichen Parteien und protestiert dagegen, daß der Vorredner die Abstimmung einen Schwindel und eine Lüge genannt. Wer diesen Tag selbst mitgemacht, der wisse, daß sie Zeugen einer großen nationalen Erhebung waren. Redner widerlegt dann die Behauptung Briands, daß Veröffentlichungen deutscher Blätter die Polen zu ihrem Einfall veranlaßt hätten. Unser armes geschlagenes Vaterland sei gar nicht in der Lage, einen Krieg zu führen, geschweige denn einen imperialistischen. Wir können den Oberschlesiern nur unser Beileid aussprechen und auf die Pflicht der Ententeregierungen hinweisen, für Ruhe und Ordnung dort zu sorgen. Die Staatsregierung muß beim Reiche vorstellig werden, die interalliierten Regierungen an diese Pflicht zu erinnern. Redner dankt zum Schluß den Italienern für ihr ritterliches Verhalten.

Minister des Innern Dominikus

verweist auf die Notwendigkeit, die Kreise der Reichsregierung nicht zu stören und darauf, daß die der Reichsregierung gezogenen Grenzen auch für die Staatsregierung Geltung haben müssen. Redner stellt die Tatsachen und Ereignisse in Oberschlesien fest, fragt, was wohl geschehen wäre, wenn deutsche Freischärler die Ententetruppen in den Städten zusammengedrängt hätten, konstatiert, daß

polnische Artillerie

in die Kämpfe eingegriffen habe und schließt sich dem Danke an die Italiener an und stellt jede Absicht in Abrede, uns in einen Krieg verwickeln zu lassen. Selbst auf die Gefahr hin, der Schwachlichkeit geziehen zu werden, wollen wir uns weiter auf die uns allein offenstehenden Möglichkeiten beschränken. Hierzu gehört die Flüchtlingsfürsorge. Wir haben aber die Hoffnung, daß nicht nur das nationale Zusammengehörigkeitsgefühl, sondern auch das Gefühl für die Ueberlegenheit der deutschen Kultur in Oberschlesien seine Wurzel gefaßt hat. (Beifall.)

In der anschließenden Debatte betont

Abg. **Lindeiner**-Wildau (Dn.), daß die oberschlesische Frage keine Parteifrage, sondern eine deutsche Frage sei. Die Rede des Abg. Schulz rufe in dem Augenblick, wo ein deutsches Land in Todesnot ringe, Entrüstung hervor. Oberschlesien ist, was es ist, nur durch den Unternehmergeist der deutschen Ingenieure und den Fleiß der deutschen Arbeiter geworden. Redner anerkennt die Bemühungen der Engländer und Italiener, übt aber

schärfste Kritik an den Franzosen,

deren Verhalten der Name Lerond verkörpere. Als Redner die Grausamkeiten der Polen schildert, rufen die Kommunisten: „Das sind Mädchen!" Wir müssen unsere Stimme erheben, damit das Ausland merkt, daß wir Oberschlesien noch nicht verloren geben. Oberschlesien war immer deutsch und wird es auch bleiben. (Selbhafter Beifall.)

Abg. **Müller**-Breslau (Soz.) polemisiert gegen den Hakatismus, der die Schuld an der ganzen national-polnischen Bewegung trage und wendet sich dann gegen die Kommunisten, die in Oberschlesien keine Existenzberechtigung mehr hätten. Der oberschlesische Arbeiter wisse, daß er mit der deutschen Industrie stehe und falle. (Beifall.)

Abg. **Meyenthin** (D. Vp.): Deutschland hat ein

Recht auf Oberschlesien

aus wirtschaftlichen Gründen, wie infolge der Abstimmung, die sich trotz des ausgeübten Terrors mit einer Mehrheit von 441 000 Stimmen für uns und niemand anders ausgesprochen hat. Von einer Teilung Oberschlesiens kann keine Rede sein. Das ist die feste Ueberzeugung aller Oberschlesier. Redner verlangt die Entfernung der unzuverlässigen Franzosen aus Oberschlesien und Ersetzung durch Engländer und Italiener. Wir können ja mit Gewalt nichts ausrichten. Aber geht uns Oberschlesien verloren, gibt es keine Ruhe in Europa, denn es ist deutsch und muß deutsch bleiben.

Abg. **Rubolb** (U. S.) polemisiert gegen die Gewaltpolitik der Rechten und Hörsings gegen die Arbeiterschaft, die Tausende von Stimmen auf die Gegenseite getragen habe und Schuld an dem Aufstand trage, der zu einer nationalistischen Erhebung ausgenützt werden solle. Das Verhalten des Ministers, der sich zum Sprachrohr nationalistischer Verbrecher mache, sei unverantwortlich. Hierher gehören auch die Mobilmachungsbefehle gewisser Regierungspräsidenten, die zweifellos hinter dem Rücken des Ministers erfolgt sind, sowie die geplante Einreihung der Rossbach-Banditen in die oberschlesische Apo. Das dürfte dem deutschen Einfluß den Rest geben. Redner verlangt friedliche Verständigung, vielleicht direkte Verhandlungen mit Polen. Als er betont, er werde sich lieber von einem Schwarzen kommandieren lassen als von einem Marloh, Kessel oder Hitler, erhebt sich ein Sturm der Entrüstung auf der Rechten.

Präsident Leinert stellt demgegenüber fest, daß der Redner nur von seiner Person gesprochen habe.

Das Haus vertagt sodann die Weiterberatung auf morgen mittag 1 Uhr.

Die Lage in Oberschlesien

w. **Beuthen**, 10. Mai.

Tarnowitz konnte heute seit drei Tagen wieder zum ersten Male telephonisch erreicht werden. Die Lage ist unverändert. Die Stadt selbst ist von Aufrührern so gut wie frei. Jede Nacht hört man um die Stadt herum mehr oder weniger starkes Schießen. Aus dem Landkreise kommen bittere Beschwerden über die Leiden der deutschen Bevölkerung. In der Stadt befinden sich etwa 450 Flüchtlinge.

In Gleiwitz ist keine Aenderung der Lage eingetreten. Aus Peiskretscham kommt die Nachricht, daß die französischen Posten zurückgezogen worden sind, die bisher an den Ausgängen der Stadt standen, nachdem ein höherer französischer Offizier dort gewesen war. Darauf setzte ein starker Durchmarsch von bewaffneten polnischen Banden und Truppen in westlicher Richtung ein.

Die Lage in Beuthen ist unverändert. Die nächtlichen Schießereien haben etwas nachgelassen. Den deutschen Gewerkschaftsvertretern hat der Stadtkommandant aufs neue erklärt, daß die Sicherheit von Beuthen gewährleistet sei. Es liege Befehl aus Oppeln vor, die Aufrührer nicht in die Stadt zu lassen. Auf die Hohenzollern- und Heinrich-Grube sind je 15 Mann französische Wache gelegt worden. Der Betrieb ist zunächst in schwachem Umfange wieder aufgenommen worden. In der Stadt sind 1675 Flüchtlinge.

Von Aufrührern frei sind nur drei Häuserblocks im Zentrum von Hindenburg, die sich die Franzosen als Art neutrale Zone vorbehalten haben. Die polnische Kommandantur ist im Rathaus untergebracht. Der polnische Kommandant hat erklärt, daß in den nächsten Tagen eine polnische Gendarmerie-, Geheim- und Kriminalpolizei eingerichtet werde. In den Straßen werden andauernd Deutsche festgenommen. Wer deutsch spricht oder eine abfällige Bemerkung macht, wird festgenommen. Die Zahl der Festgenommenen ist nicht festzustellen, da einige von ihnen immer wieder entlassen werden.

Hallersoldaten in Kattowitz

b. **Kattowitz**, 10. Mai.

Nachts kam eine Anzahl Hallersoldaten durch die französische Postenkette in das Innere der Stadt mit schußbereitem Gewehr. Die Insurgenten sind weiter in das Stadtinnere vorgedrungen. Die Reichsbankstelle ist noch nicht besetzt. — Am Sonnabend zogen in Königshütte Hallersoldaten durch die Stadt.

Kandrzin in den Händen der Polen

× **Breslau**, 10. Mai.

Nachdem vielfache Angriffe der Polen auf den wichtigen Eisenbahnknotenpunkt Kandrzin trotz hoher Verluste der Angreifer am Sonntag erfolglos gewesen waren, setzten die Polen nunmehr Artillerie gegen Kandrzin ein. Der Wirkung des Artilleriefeuers war die deutsche Gegenwehr nicht gewachsen. In den Abendstunden mußten die Deutschen Kandrzin den Polen preisgeben. Es wird unbestätigt gemeldet, daß in Slawenzitz polnische Artillerie ausgeladen wurde. Außerdem sind aus der Richtung Turowa vier Artillerieabteilungen im Anmarsch. Die Verwendung von Artillerie durch Insurgenten liefert den unträglichen Beweis für die Unterstützung, die sie vom polnischen Staat erhalten. Korfanty wird vielleicht auch jetzt noch behaupten, daß die Geschütze den Heeresbeständen der Republik Polen nicht entnommen seien; aber kein Mensch in der Welt wird daran glauben. Die Interalliierte Kommission sollte nun endlich zugeben, daß sie mit den bisher aufgewendeten Mitteln ihre von Korfanty geschändete Flagge nicht mehr retten kann.

Von zuständiger Seite wird die Einnahme von Kandrzin durch die Polen bestätigt. Damit ist der wichtigste Eisenbahnknotenpunkt in die Hände der Aufrührer gefallen. Es ist daher unmöglich, den Eisenbahnverkehr zwischen Oppeln und dem Industriebezirk wieder aufzunehmen.

Amerika im Ententelager

b. **Paris**, 10. Mai.

Der „New-York Herald" veröffentlicht heute an auffallender Stelle folgende Mitteilung aus Washington: Die Regierung kann den amerikanischen Truppen gestatten, an der Besetzung des Ruhrgebietes an der Seite der französischen und englischen Streitkräfte teilzunehmen, falls dies sich als notwendig erweisen sollte. Die Frage ist indessen aber noch nicht erledigt. Die Regierung hat die Macht, eine solche Teilnahme, während die Beratung der Resolution noch in der Schwebe ist, anzuordnen. Auf Anweisung Hardings ist die Beratung auf unbestimmte Zeit vertagt worden und wird von der Kommission des Repräsentantenhauses erst wieder aufgenommen werden, wenn der Präsident des Hauses es fordert.

Die einzige Lösung der Reparationsfrage scheint einer Mitteilung aus dem Staatsdepartement zufolge die zu sein, daß Deutschland sich den Bedingungen der Alliierten völlig unterwirft. Man ist der Ansicht, daß die amerikanische Regierung das Programm der Alliierten auch mit Einschluß der Besetzung des Ruhrgebietes voll und ganz gebilligt habe. Die zeitweilige Aussetzung der Resolution Knox läßt der amerikanischen Regierung völlig freie Hand in dieser Angelegenheit. Aber das Staatsdepartement hofft, daß Deutschland die internationalen Unruhen beseitigen helfen und ein Kabinett bilden wird, das den Forderungen der Alliierten nachgibt. Jedoch in den offiziellen Mitteilungen findet man kaum etwas, was diese Hoffnung nähren könnte.

Die Agentur Radio meldet gleichzeitig mit dem „Exchange Telegraph" aus Washington: Wir erfahren von einer hochgestellten Autorität, daß die Regierung der Vereinigten Staaten wünscht, daß Deutschland von Dressel, dem amerikanischen Geschäftsträger, in dieser Richtung verständigt wurde.

Die Lüge von der deutschen Schuld

w. **München**, 10. Mai.

In der Vollsitzung des Landtages am Dienstag kam folgende kurze Anfrage der Bayerischen Mittelpartei zur Behandlung: Ist die Staatsregierung bereit, bei der Reichsregierung mit aller Entschiedenheit dahin zu wirken, daß endlich von derselben der großen Lüge von der Schuld Deutschlands am Weltkriege durch eine offene, auf der Grundlage des amtlichen Materials aufgebaute Darlegung der wirklichen Tatsachen nachdrücklich und wirksam entgegengetreten wird?

Ein Vertreter der Regierung gab folgende Antwort: Die bayerische Regierung hat schon früher Schritte bei der Reichsregierung unternommen, damit den ausgestreuten Lügen von der Schuld Deutschlands am Weltkriege nachdrücklich entgegengetreten werde. Die Regierung beabsichtigt, auch weiterhin im Sinne der Anregung der Anfrage zu wirken.

Die „Waffen" im Ruhrgebiet

w. **Paris**, 10. Mai.

Nach „Chicago Tribune" ist im Plane des Generals Weygand zur Besetzung des Ruhrgebietes vorgesehen, daß das ganze Ruhrtal binnen 15 Stunden nach Abmarsch der Truppen von Düsseldorf in den Händen der Besatzungsarmee sein soll. Die Franzosen beabsichtigen, alles Kriegsmaterial zu zerstören, das bei Krupp und den anderen Munitionsfabriken des Ruhrgebietes noch aufgehäuft sei (!), wo, wie berichtet werde, Tausende von Militär- und anderen Gewehren und Maschinengewehren noch unzerstört seien (!). Die Franzosen gedächten auch die Bevölkerung zu entwaffnen.

Die Vorarbeiten zum neuen Lohnsteuergesetz sind soweit beendet, daß angenommen wird, das Gesetz dem Reichstag bald nach Pfingsten vorlegen zu können. Das Lohnsteuergesetz wird in Zukunft alle Steuerzangelegenheiten aller Festbesoldeten regeln, so daß die Finanzämter Steuererklärungen der Festbesoldeten nicht mehr zu bearbeiten haben. Das Lohnsteuergesetz tritt an die Stelle des Einkommensteuergesetzes für alle Festbesoldeten. Alle Steuern werden nach dem Lohnsteuergesetz berechnet, Nachbesteuerungen fallen fort. Das Steuerabzugsverfahren wird gewissermaßen auf eine Formel gebracht, die alle Abzüge von der Steuer einbegreift, also: Steuer gleich 10 v. H. des Einkommens minus Werbungskosten (hier sieht der Entwurf 1800 Mark vor), Versicherungen sozialer Art auf Grund von Reichsgesetzen, Berufskleidung), minus anderer gesetzlicher Abzüge (private Versicherungen usw. minus je 1200 M. je Kopf der Familie. Der Satz von 1800 M. für Werbungskosten ist nach langen Verhandlungen mit den Organisationen zustande gekommen. Liegen besondere Verhältnisse (vielleicht hoher Fahrpreis bei entfernterem Wohnort, starke Abnutzung von Berufskleidung) vor, so kann auf Antrag durch nachträgliche Veranlagung ein Ausgleich geschaffen werden. Zweck des Lohnsteuergesetzes wird also in erster Linie sein, die Steuerfragen sofort zu erledigen und nachträgliche Berrechnungen, Nach- und Rückzahlungen zu vermeiden.

Fehde

17] Roman von A. v. Klinckowstroem.

(Nachdruck verboten.)

Nun erwies zwar Brahm, als galanter Mann, Urta die gebührenden Aufmerksamkeiten, aber er war zugleich in Geschäften vorsichtig, ließ sich nicht auf uferlose Pläne ein, wie er Endrulats Ideen sofort nannte, als dieser das Thema geschickt anschnitt.

In Rasdumen trug alles den Stempel gediegener Wohlhabenheit, und die Brahmsche Sägemühle gehörte zu den besten am Strom. Er sah für sich nicht die leiseste Veranlassung, sich an einer Spekulation zu beteiligen, die ihm gerade von dieser Seite vorgeschlagen wurde.

„Aber ich bitte Sie", rief Endrulat eifrig. „Es liegt doch auf der Hand, daß wir alle profitieren würden, wenn wir ein Konsortium bildeten, das den Bestand der uns zur Verfügung stehenden russischen fiskalischen Forsten auf einem Brett kauft, wenn auch erst im Laufe vieler Jahre vollständig ausbeutet. Ich meine natürlich nur das Abholzungsrecht, und es kämen für uns selbstverständlich nur die Forsten in Frage, bei denen wir mit dem Wassertransport rechnen dürfen."

„Wozu sich binden und große Kapitalien auf einmal riskieren? Wir haben ja auch bisher unsern ganzen Bedarf ohne Risiko von dorther bezogen."

„Aber wir hätten es billiger, wenn wir in Bausch und Bogen kauften."

„Mir war der Preis nicht zu hoch."

„Wir könnten indessen durch Zusammenschluß dem Unterbieten der Konkurrenz ein Ende machen, diesem Krebsschaden unseres Holzhandels. Wir könnten auch für die Konsumenten die Preise steigern, denn die sind auf uns angewiesen. Man darf doch nicht nur an sich allein denken, sondern muß den größeren Gesichtspunkt der Allgemeininteressen im Auge behalten."

„Und ich meine, daß jeder besser für sich allein steht oder fällt", gab der andere kühl zurück. „Die Allgemeinheit geht mich nichts an. Nein, Herr Endrulat, ich bin nicht dafür zu haben. Sie können sich jedes weitere Wort sparen."

Der alte Schmolinker verbarg seinen Aerger hinter einem ironischen Lächeln und versuchte es an anderer Stelle. Tag für Tag fuhr er mit seiner Frau herum und merkte überall, daß ein unbefriedigtes Vorurteil gegen ihn im Wege stand. Nur die Schwachen, die mit geringem Kapital auf Kredit arbeiten, hörten ihn mit Interesse an und wollten sich die Sache überlegen. Durch seine Agenten erfuhr er dann, daß diese Leute gleich ihm umherfuhren, um sich zu vergewissern, ob Stimmung für das Projekt vorhanden sei oder nicht.

Rudischken allein hatte er nicht berührt. Siewert kam für ihn überhaupt nicht in Betracht, und dann wußte er auch, daß er für seine Person dort gar nicht empfangen worden wäre.

Ruhig wartete er das Ergebnis seiner Fahrten ab, in der bestimmten Erwartung, daß die Habgier der meisten Interessenten doch den Sieg über Vorsicht und Mißtrauen davontragen und sie bestimmen würde, seinem Vorschlage beizupflichten. Dann würde keiner zurückstehen wollen, um nicht beiseite gedrängt und überflügelt zu werden.

Aber nach und nach trafen Briefe von jenen ein, die sich zuerst nicht abgeneigt gezeigt hatten. Sie bedauerten, sich für seine Idee nicht erwärmen zu können, um so weniger, als die große Mehrzahl dagegen und ein gedeihliches Uebereinkommen daher doch nicht zu erzielen sei.

In Rasdumen hatten Besprechungen stattgefunden, die dem Endrulatschen Projekt den Todesstoß gaben. Brahms Wort war schwer ins Gewicht gefallen, und Siewert war dagewesen, um leidenschaftlich Stimmung dagegen zu machen. Er gehörte ja nicht zu den Kapitalkräftigen und wäre als Geschäftsmann nicht in Betracht gekommen, aber er besaß die Sympathien der Gegend in hohem Grade und nebenher die Gabe der Rede wenn er einmal aus seiner wortkargen Zurückhaltung herausstrat.

Die Kletzeren, Gewerbstätigeren stimmten ihm zu, weil Brahm, der hier die führende Rolle spielte, ihm beipflichtete, seine Freunde und Altersgenossen aus persönlichen Beweggründen. Nein, der freie Wettbewerb sollte nicht eingeschränkt werden. Die neumodischen Vorschläge des Schmolinkers mochten wohl da am Platze sein, wo man mit dem Weltmarkt Fühlung besaß, aber nicht hier, wo nur lokale Interessen berücksichtigt werden mußten. Alles, was von einer Seite kam, war überhaupt von vornherein verdächtig.

Als der Inspektor Jakubeit, der mit den Brahmschen Inspektoren verkehrte, Endrulat die Vorgänge der Rasdumer Besprechung hinterbrachte, sagte dieser lachend, obgleich ihn der Grimm beinahe erstickte: „Sieh mal an! Das Jnsekt kann auch stechen? Ich hätte gar nicht gedacht, daß der Rudischker hier überhaupt eine Stimme besitzt."

„Sie unterschätzen ihn", bemerkte Jakubeit. „Der ist hart wie Stahl und von allen Ihren Gegnern der erbitterte."

„Solch ein Gewürm zertritt man."

„Aber es wird Sie in den Fuß stechen."

„Dagegen habe ich das goldene Schutzleder."

In der Art, wie Endrulat die Worte hinwarf, lag der ganze protzenhafte Hochmut des reichen Emporkömmlings.

Die finsteren, achtsamen Augen des Inspektors richteten sich fest auf ihn: „Warum unternehmen Sie nicht allein, was die Herren abgelehnt haben?"

Der Alte fuhr herum. Seine Blicke bohrten sich in das Gesicht des andern: „Weil — weil das ein Objekt von nahezu zwölf Millionen sein würde"

„Und wenn schon."

„Das kann ein einzelner nicht. Das Risiko wäre zu ungeheuer."

„Aber ebenso der Gewinn. Die gesamten Sägewerk hier herum sind ja auf das russische Holz angewiesen. Wer sich das Abholzungsrecht der in Frage kommenden Waldungen jenseits der Grenze auf — sagen wir einmal zehn Jahre sichert, hat die Leute in der Tasche. Und die Millionen brauchten wohl nicht auf ein Brett gezahlt zu werden, sondern in Raten."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192105111-16/fragment/page=0002

Halle und Umgebung

Halle, 11. Mai.

Deutschnationaler Protest gegen die Zentralisierung der mitteldeutschen Eisenbahndirektionen

Die Nachricht von der Zusammenfassung der mitteldeutschen Bezirkseisenbahnräte in Leipzig hat eine unangenehme Protestbewegung zur Folge gehabt. Die mitteldeutschen Wirtschaftskreise sind der Ansicht, daß der Plan, Leipzig zum Mittelpunkt ihres Eisenbahnsystems zu machen, jeder Begründung entbehrt. Der deutschnationale Abgeordnete Leopold sowie Abg. Dr. Cremer (Deutsche Volksp.) haben bereits die nötigen Vorstellungen bei der Reichsregierung unternommen. Es bleibt abzuwarten, wie das Problem des Städtekampfes Halle—Leipzig auch in dieser Hinsicht sich entwickeln wird.

— **Der Provinzialausschuß für Innere Mission** veranstaltet seine diesjährige Arbeitswoche unter dem Vorsitze von Generalsuperintendent D. Jacobi-Magdeburg vom 22. bis 27. Mai in Bad Elmen bei Magdeburg. Außer dem Festgottesdienst in der Kirche zu Groß-Salze, bei dem Generalsuperintendent D. Schöttler-Magdeburg die Predigt übernommen hat, sind nicht weniger als 18 Veranstaltungen vorgesehen. Neben den theologischen Berufsarbeitern für Innere Mission sammeln sich mit dem Provinzialausschuß die Synodalvertreter für Innere Mission aus der ganzen Provinz. Außerdem tagt der Erziehungsverein, der Reitungshausverband, der Jugendrat mit den ihm angeschlossenen Organisationen, der Sittlichkeitsverband, die Soziale Beratungsstelle sowie der Heidenbank-Hilfsbund. Von den zahlreichen bedeutsamen Vorträgen heben wir hervor: „Die Not des Mittelstandes als Sorge und Aufgabe der Inneren Mission" von Geh. Reg.-Rat von Schulz-Hausmann-Magdeburg, „Die neue Schulordnung nach Art. 148 Abs. 3 der Reichsverfassung im Lichte des christlichen Ethos" von Schulrat Eberhard Greiz, „Was geht in der heutigen Jugend vor und was geht das die evangelische Gemeinde an?" von Jugendpfarrer Eggebrecht-Magdeburg, „Die Bedeutung gesunden Geschlechtslebens für das Leben des Einzelnen und des Volkes" von Dr. med. Seher-Hamburg. Auf dem öffentlichen Sozialen Diskussionsabend wird unter Leitung von Generalsuperintendent D. Stolte-Magdeburg der Gegenstand besprochen werden: „Waren die ersten Christen Kommunisten?"

— **75 Jahre Hallesche Friseur-Innung.** Aus Anlaß des am 30. Mai d. J. in Halle stattfindenden Bezirkstages des Sächsisch-Anhaltinischen Bezirksverbandes des Bundes deutscher Friseure, plant die Hallesche Innung in Gemeinschaft mit dem Damenfriseurverein eine würdige Feier. Da die Innung ihr 75jähriges und der Verein sein 10jähriges Jubiläum begehen, sind für die Veranstaltung, die wiederum im „Neumarktschützenhause" stattfindet, der 29. und 30. Mai in Aussicht genommen. Das Programm enthält u. a. ein großes Bezirks-Damen-Schau- und Preisfrisieren, eine fachliche Ausstellung sowie auch eine fachgewerbliche mit Waren- und Modeschau. Die Ausstellungsflächen sind bereits alle belegen.

— **Der Akademische Missionsverein Halle** wird seine erste öffentliche Versammlung im Sommersemester 1921 am Donnerstag, den 12. Mai, abends 8½ Uhr, im Hörsaal 9 des Universitätshauptgebäudes veranstalten. Pfarrer W. Seufert-Pfingstau wird sprechen über „Die Mission in Ostasien und unsere Mission an Ostasien". Nach dem Vortrag freie Aussprache.

— **Reichstagung der Kaufmannsjugend des D. H. V.** In Leipzig findet vom 14. bis 16. Mai eine Reichstagung der Kaufmannsjugend statt. Vorträge von Führern werden sich mit Fragen des Kaufmannsstandes, seinen Nöten und Erfordernissen auseinandersetzen. Neben dieser Arbeit wird auch den Körper und der Freude ihr Recht. Den volkstümlichen Wettkämpfen folgen Volkstanzlustigungen. Ein feierlicher Ausklang, mahnend und erweckend, soll dann in der Krypta des Völkerschlachtdenkmals die Weihestunde sein. Die Halleschen Mitglieder, die an dieser Pfingstfahrt teilnehmen, erfahren Einzelheiten auf der Geschäftsstelle des D. H. V. (Fernruf 4668).

— **Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen** hielt am 3. d. M. in seinem Vereinslokal „Wildsdorfs Gesellschaftshaus" seine ordentliche Mitgliederversammlung ab. Vor zahlreicher Zuhörerschaft sprach der 1. Vorsitzende der Ortsgruppe, Herr Reinhold Fiedler, über das neue Reichsbundesprogramm, das sich die Organisation als Richtlinie für die Arbeit der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen gesetzt hat. Der Redner streifte hierbei auch die Vorschlagungsbestrebungen der Kriegsbeschädigtenbewegung und wies ganz besonders auf die Werbepflicht in der vom Reichsbund veranstalteten Werbewoche hin. Unter Verschiedenem gab der Bezirksleiter des Reichsbundes einen Tätigkeitsbericht über die Arbeit vor dem Militärversorgungsgericht. Danach wurden im Monat April 67 kostenlose Vertretungen für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene vor dem Militärversorgungsgericht Merseburg ausgeübt, wovon 46 von Erfolg gekrönt waren, von den abgewiesenen 19 Fällen werden 11 vor dem Reichsmilitärversorgungsgericht Berlin weiter vertreten. Der Vorsitzende machte weiter darauf aufmerksam, daß mit dem 1. Mai d. J. die Ortsgruppe Halle eine eigene Geschäftsstelle Jägerplatz errichtet hat, die Werktags nachmittags von 2—4½ Uhr zu Rechtsauskünften und Beratungen geöffnet ist.

— **Vergünstigungen für Schwerkriegsbeschädigte bei Eisenbahnfahrten.** Für die deutschen Eisenbahnen ist angeordnet worden, daß schwerbeschädigte Kriegsteilnehmer, die nach der Art ihrer Verletzung während der Reise sitzen müssen (z. B. Beinamputierte und andere Schwerverletzte sowie Schwerkranke), auf der Eisenbahn in der 3. Wagenklasse zum Fahrpreise der 4. Klasse, in Schnellzügen außerdem gegen tarifmäßigen Zuschlag, befördert werden. Bedingung ist dabei, daß bei Lösung der Fahrkarte die Kriegsbeschädigten einen Ausweis bei sich führen, der von der zuständigen Kriegsbeschädigten-Fürsorgestelle für die Dauer eines Kalenderjahres ausgefertigt wird. Begleiter erhalten, soweit sie nicht einen Ausweis zur freien Beförderung besitzen, die gleiche Ermäßigung wie der Kriegsbeschädigte, wenn die Notwendigkeit der Begleitung durch ein ärztliches oder ein von der amtlichen Fürsorgestelle für Kriegsbeschädigte ausgestelltes Zeugnis nachgewiesen wird. Die Ausweise, die von den amtlichen Kriegsbeschädigten-Fürsorgestellen ausgestellt werden, müssen mit einem Schichtbild des Kriegsbeschädigten versehen sein.

— **Musikalische Vesper in der Marktkirche.** Der Hallesche Stadtsingechor veranstaltet unter Leitung des Chordirektors Karl Klamert am Freitag, den 13. Mai, in der Marktkirche eine musikalische Vesper. Es werden vertonte à capella-Chöre von Stochhausen (einem Schüler von Joh. Gcard), Karl Klamert, Schreck u. a. gehört. Als Solistin ist Frl. Anneliese Bertram-Halle gewonnen. Die Eintrittskarten sind zu billigsten Preisen bei Hothan und an der Kirchentüre (hier nur am Konzerttage) erhältlich.

Familien-Nachrichten

Verlobung: Olga Meißner mit Otto Baumgärtner.

Todesfälle: Am 6. Mai Ingenieur Wilhelm Kuntzschmann im 59. Lebensjahr. — Am 9. Mai Dorothea Richter geb. Rechtschaff im 71. Lebensjahr. — Am 8. Mai Martha Leonhardt geb. Diede im 26. Lebensjahr.

Die Kommunistenzentrale Reilstraße 84 vor dem Sondergericht

Das Urteil:

Bürovorsteher Langheinrich 4 Jahre Zuchthaus, Frau Langheinrich 2 Jahre Festungshaft

Die gestrige Sondergerichtssitzung hatte sich mit der Kommunistenzentrale, die während der letzten Unruhen ihren Sitz in der Reilstraße 84 hatte, zu befassen. Der Angeklagte, Bureauvorsteher Langheinrich, der 1893 in Halle geboren ist, und seine Ehefrau hatten in ihrer Wohnung im März dieses Jahres verschiedene Personen, welche es unternommen haben, die Verfassung des Deutschen Reiches zu stürzen, in ihrer Wohnung beherbergt.

Langheinrich war in den letzten Jahren Bureauvorsteher bei Rechtsanwalt Dr. Pfeiffer. Im Nebenberuf war er Immobilienmakler und er hatte infolgedessen seine vorherige sehr kleine Wohnung mit seiner jetzigen in der Reilstraße gewechselt. Er war auch an einer Produktivgenossenschaft interessiert und hatte es fernerhin als eine seiner besonderen Aufgaben angesehen, seinem Chef, dem Rechtsanwalt Dr. Pfeiffer, Kunden zuzuführen. Dazu hatte er gute Gelegenheit, da er in seinem Berufe mit Lemck zusammengekommen war, welcher durch seine frühere Tätigkeit bei der U. S. P. und auch im letzten Aufstande wieder hinreichend bekannt geworden ist. Dieser veranlaßte ihn zum Eintritt in die U. S. P., und als späterhin die Spaltung eintrat, ist Langheinrich im Interesse seines Geschäftes zu den Kommunisten übergetreten. Der Angeklagte hat Lemck auch eingeladen, ihn mit seiner Frau in seiner Wohnung zu besuchen. Lemck ist dann eines Nachmittags auf kurze Zeit bei ihm gewesen und hat sich die Wohnung angesehen. Als im November 1920 der Parteitag in Halle stattfand, ist Lemck an Langheinrich herangetreten, ob er nicht einen Bekannten aufnehmen könnte. Während der Angeklagte sich damals weigerte, fremde Personen in seiner Wohnung aufzunehmen, hat er im Februar dieses Jahres auf Veranlassung Lemcks einen gewissen Herrn Schulz bei sich aufgenommen. Im Laufe der Verhandlung stellte sich heraus, daß dieser

Schulz ein Russe

war. Aber schon nach einigen Tagen war Schulz nach Berlin zu seinem Bruder gefahren, der dort angeblich Arzt ist. Hier wurde er verhaftet, kurz darauf aber wieder aus der Haft entlassen und kam dann nach Halle zurück. Langheinrich hat Schulz mit einem angeblichen Mediziner wiederum in seiner Wohnung aufgenommen, wo die beiden auf einer Schreibmaschine, welche von der Produktiv-Genossenschaft in die Wohnung geschafft worden war, eine Examensarbeit getippt haben sollen. Für einige Zeit war die Wohnung des Angeklagten wieder von dem Besuch verlassen worden, bis Lemck Anfang März wieder an Langheinrich mit der Bitte herantrat, ob er ihn nicht bei sich aufnehmen könnte, denn

die politische Lage sei sehr unsicher und er fürchtete, daß er verhaftet werden könnte.

Langheinrich will dagegen zwar Bedenken gehabt haben, hat Lemck aber dennoch eine Nacht lang bei sich beherbergt. Am anderen Morgen hat Lemck ganz stillschweigend sein Quartier verlassen, um nach Mansfeld zu fahren.

Das Gericht hatte nun besonders die Angelegenheit zu klären, wie die Schreibmaschine in die Wohnung Langheinrichs gekommen ist. Der Angeklagte gibt an, daß die Produktiv-Genossenschaft sich an ihrem alten Ort nicht sicher fühlte und sie hielt es für ratsam, sich an einer anderen Stelle niederzulassen. Sie hat sich zu diesem Zwecke mit Langheinrichs Einverständnis in dessen Wohnung niedergelassen. Es wurde ihr eines der hinteren Zimmer vollständig zur Verfügung gestellt. Es kam dann auch eine Stenotypistin, welche auf der Schreibmaschine Schriftstücke verfaßt hat. Der Angeklagte will bei der Unterbringung dieser Geschäftsstelle in seiner Wohnung absolut keine Bedenken gehabt haben, denn er habe auch Briefbogen mit dem Aufdruck dieser Firma dort liegen sehen. Er will ständig von morgens früh bis abends spät nur mit einer kurzen Mittagspause in seinem Bureau gearbeitet haben, so daß er von dem Leben und Treiben angeblich nichts gesehen hat.

Es wurde nun festgestellt, welche Personen in seinem Hause verkehrt haben. In erster Linie waren es Schneidewind, Nagdorf, Frl. Leibrich und Frl. Lehmann.

Später ist auch Hering (Ferry), der aus Magdeburg stammt, in der Wohnung Langheinrichs aufgetaucht.

Langheinrich ist nur ganz kurze Zeit mit ihm im Felde zusammengewesen und hat später ständig mit ihm im Briefwechsel gestanden. Er hatte ihn auch eingeladen, er sollte mal zu ihm kommen und ihn besuchen. Er ist dann in den Tagen des Aufstandes am Dienstag vor Ostern seiner Einladung gefolgt. Von Herings Vergangenheit will der Angeklagte nichts wissen. Auch gibt er an, seine politisch radikale Richtung nicht zu kennen.

Hering alias Ferry ist nämlich längere Zeit in Rußland gewesen

und hat sich dort schriftstellerisch betätigt.

Das Gericht beschäftigte sich darauf längere Zeit mit dem Schreiben Lemcks in der Wohnung Langheinrichs. Aus einem Gespräch zwischen beiden geht hervor, daß Lemck nach Mansfeld fahren wollte, weil dort die Schupo die Werke besetzt hätte. Es sollte dort so lange gestreikt werden, bis die Truppen wieder herausgetrieben wären. Da Lemck ein guter Redner war, hat Langheinrich angenommen, daß er nach Mansfeld gegangen sei, um dort rednerisch tätig zu sein. Als der Gerichtshof den Angeklagten fragt, ob er Karfreitag Lemck und Powitzki bei sich gesehen habe, behauptet er, daß dies nicht der Fall sei, trotzdem er den ganzen Tag zu Hause gewesen ist. Immer wieder betont der Angeklagte, daß er nicht von dem Zweck und dem Ziel der bei ihm beherbergten Leute unterrichtet gewesen sein will. Uebrigens haben die Gäste die Mahlzeiten, die sie bei Langheinrich eingenommen haben, an besondere Frau bezahlt. Am Sonnabend vor Ostern ist der Angeklagte nach Nietleben zu seinen Eltern gegangen. Am Sonntag war er den ganzen Tag zu Hause. Gerade in diesen Tagen hat ein sehr lebhafter Verkehr nach der Wohnung des Angeklagten stattgefunden. Junge Leute kamen als Meldegänger, brachten auf Zettel geschriebene Nachrichten und nahmen andere mit. Und es ist unverständlich, wie der Angeklagte behaupten kann, nichts von all diesem Treiben gesehen zu haben.

Darauf erfolgte die Vernehmung der Frau Langheinrich. Sie machte im allgemeinen dieselben Aussagen wie ihr Mann. Sie bestätigte, daß sie mehrmals eine Bezahlung für ihre Ausgaben und Unkosten erhalten hätte.

Anschließend wurden die Zeugen vernommen. Der Rechnungsführer Otto Lehmann ist am Ostermontag mit Langheinrich spazieren gegangen, und sie haben sich dabei auch über politische Fragen unterhalten. Sie wollen der Ueberzeugung gewesen sein, daß die kommunistische Aktion in Mitteldeutschland verfehlt sei. Sonst ist aus seinen Aussagen nichts Wesentliches zu entnehmen. Eine andere Zeugin hatte an Langheinrich eine Karte geschrieben, auf welcher sie ihn um seine Unterstützung in ihrer Ehescheidungsangelegenheit bat. Sie ist darauffhin am Osterdienstag abends von Langheinrich in seine Wohnung bestellt worden und hat gehn Minuten lang mit ihm über ihre Angelegenheit gesprochen.

Darauf erfolgte die Vernehmung des Dienstmädchens von Langheinrich, Martha Schmidt. Besonders bemerkenswert ist, daß sie von Langheinrich darauf aufmerksam gemacht worden ist, über die Vorgänge in seiner Wohnung größtes Stillschweigen zu bewahren und besonders über die Person des Herrn Schulz, weil dieser „in kommunistischen Sachen" arbeite. Die Zeugin sagt fernerhin aus, daß Frl. Leibrich und Frl. Lehmann beide auf der Schreibmaschine geschrieben haben. Während Langheinrich angibt, daß Lemck nach seinem zwei- bis dreitägigen Aufenthalt in der Reilstraße 84 sich dort nicht wieder hat sehen lassen, erklärt die Zeugin, daß er später noch öfter zu Langheinrichs gekommen wäre. Beim Reinemachen in dem Bureau hat sie auch verschiedene Landkarten gesehen. Ebenfalls hat sie beobachtet, daß Schneidewind mehrmals in die Schreibmaschine diktiert hat. Ebenfalls bestätigt sie, daß sehr viele, besonders junge Leute ein- und ausgingen, die zum Teil von Langheinrich selbst, zum Teil von seiner Frau empfangen und in das Hinterzimmer geführt wurden. Die Aussagen der Stenotypistinnen Lehmann und Leibrich, die an der Sache beteiligt waren und schon verurteilt sind, ergeben nichts Wesentliches.

Die gestrige Hauptverhandlung hat also genau die einzelnen Vorgänge in der Wohnung des Bureauvorstehers Langheinrich aufgedeckt und bewiesen, daß der Angeklagte und seine Frau wirklich eine Zentrale in ihrer Wohnung geduldet hatten, von der aus die kommunistische Aufstandsbewegung zum Teil geleitet worden ist. Nach der Anklage des Staatsanwaltes haben sich die Angeklagten der Beihilfe zum Hochverrat schuldig gemacht. Sie haben die Vorbereitung hochverräterischer Handlungen unterstützt und ihnen Vorschub geleistet. Es wurden für Langheinrich von der Staatsanwaltschaft zehn Jahre Zuchthaus und für seine Frau acht Jahre Zuchthaus und zehn Jahre Ehrverlust beantragt.

Der Verteidiger, ein kommunistischer Rechtsanwalt aus Celle, befaßte sich in breiten Ausführungen noch einmal mit der ganzen Angelegenheit, doch beschränkte er sich darin größtenteils auf eine Kritik an den Urteilssprüchen der Sondergerichte, ferner gab er Aufklärung über das Wesen und die Idee des Kommunismus. Die Kritik an den Sondergerichten wurde vom Vorsitzenden gerügt und zurückgewiesen.

Das Gericht erkannte an, daß die Aussagen der Zeugin Martha Schmidt, die durch einen Eid bekräftigt wurden, für richtig befunden werden müssen und die Angeklagten mithin schuldig zu sprechen sind.

Das Urteil

lautet: Langheinrich wird zu vier Jahren Zuchthaus, Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf acht Jahre, seine Frau zu zwei Jahren Festungshaft verurteilt.

Provinz Sachsen

Handgranaten-Attentat aus Eifersucht

6 Personen verletzt

w. **Magdeburg**, 10. Mai.

Heute nachmittag 3 Uhr erfolgte im hiesigen Stadttheatergarten eine Explosion, bei der sechs Personen verletzt wurden, davon vier erheblich. Eine Technikerin hatte die Absicht, durch eine Handgranate sich und eine hiesige Tänzerin, angeblich aus Eifersucht, zu töten. Unter den Verletzten befinden sich auch die Tänzerin und der Täter, der in Haft genommen wurde.

g. **Burgliebenau** (Kr. Merseburg), 10. Mai. (Hochwasser in Sicht?) Ein hierzulande noch öfter gehörter Spruch, dem noch immer eine gewisse Bedeutung beigemessen wird, lautet: „Fällt der Erste eines Monats, gleichviel in welcher Jahreszeit, auf einen Sonntag, dann tritt im gleichen Monat noch Hochwasser ein"; ist es ein Sommermonat, ist die Heuernte in Gefahr. Im Mai fiel nun der Erste heuer auf einen Sonntag; danach wäre also noch in diesem Monat, wenn der Satz Recht behält, Hochwasser in Sicht. Wie bei allen Wetterprognosen und Zukunftsaussichten heißt es jedoch „abwarten", wenn auch wirklich einmal jener Satz durch Zufall sich bewahrheitet hat.

g. **Lochau**, 10. Mai. (Blinder Feueralarm.) Am Freitag morgen, kurz vor 6 Uhr ertönte der schrille Ton einer Notpfeife, so daß die Einwohnerschaft wie vor wenigen Wochen, wo der nämliche Ton das Großfeuer in der Oelfabrik in Osendorf signalisierte, bestürzt zusammenlief. Bedienungsmannschaft der Ortsspritze, Spritzenmeister, zur Stelle waren, um hilfsbereit einzutreten. Diesmal war jedoch nur die Dampfpfeife einer Abraumlokomotive defekt geworden, so daß dieselbe ununterbrochen ihre Sirenenklänge über ½ Stunde lang verbreitete. Der bald erkannte blinde Alarm zerstreute wieder die Hilfsbereiten.

g. **Köthen**, 10. Mai. (An Alkoholvergiftung gestorben.) In Dohndorf überstiegen mehrere Burschen die Einfriedigung des Domänengehöfts, um aus den dort lagernden leeren Spirituszfässern die verbliebenen geringen Reste herauszuholen. Für den Maurerlehrling Franz Block hatte diese Torheit die schlimmsten Folgen, er starb nach qualvollem Leiden an der sich einstellenden Alkoholvergiftung.

z. **Heiligenstadt**, 10. Mai. (Schadenfeuer.) Am Sonntag abend entstand im Lager der Weberei-Aktiengesellschaft Niederorschel Feuer. Das Lager befand sich neben dem eigentlichen Fabrikgebäude. Die Feuersbrunst entstand in der Mitte des größten Flachsschobers. Etwa 50 Waggons Rohflachs wurden vernichtet. Den Feuerwehren gelang es, die Fabrikgebäude zu retten, so daß der Betrieb weitergeführt werden kann.

d. **Quedlinburg**, 9. Mai. (Die doppelte Belohnung.) Weil der Grundstücksmakler Theodor Gosig hier einer Witwe in Gommode zu billigem Preis ein Grundstück vermittelt hatte, versprach sie ihm 1000 Mk. Belohnung. Aus Versehen gab die alte Dame dem Agenten auf dem Bahnhof aber 2000 Mk. Der Agent steckte die Summe schmunzelnd ein und freute sich. Jetzt hatte er sich aber wegen Unterschlagung der zuviel gezahlten tausend Mark vor der Strafkammer Halberstadt zu verantworten und erhielt deswegen sechs Monate Gefängnis. Von drei weiteren Betrugsanklagen erfolgte Freisprechung.

k. **Bad Berka**, 10. Mai. (Sogar die Lungenkranken werden bestohlen.) In der Nacht zum Sonnabend wurde in der Sophienschlößchen auf dem Gnstkopf bei Bad Berka eingebrochen. Gestohlen sind 6 Paar Schuhe, 1 schwarzer Ulster, ein feldgrauer Rock, 1 blauer Mantel, 1 hellgrauer Automobilulster, sowie 80 wollene Krankendecken. Vor Ankauf wird wegen Ansteckungsgefahr dringend gewarnt.

Kleine Provinznachrichten

In Preuß.-Börnecke wurde die Ehefrau Damine in ihrer Wohnung tot aufgefunden. * Die Strecke Lehesten-Ludwigstadt führt nunmehr auch die 4. Wagenklasse. * Mit dem Elbkahn V. E. G. sind bei Belgern in der Elbe 12 000 Ztr. Zucker versunken. * Herr Bergmann Graul in Hettstedt starb infolge einer beim Kaninchenschlachten zugezogenen Wunde. * Ein Einbruchsdiebstahl wurde in Pratau bei Wittenberg bei dem Gastwirt Goedicke verübt. Als der Nachtwächter die Diebe überraschte und verfolgte, feuerten sie auf ihn und verletzten ihn tödlich. * In Frohse wurden Arbeiter beschäftigt, die in der Saccharinfabrik von Dahlberg, Fitt & Co. große Mengen Saccharin gestohlen und damit Schmuggel getrieben hatten. Mustermeyer-Halberstadt tritt in den Ruhestand. Stadtgemeinderat Göhnitz hat eine Pensionskasse eingeführt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192105111-16/fragment/page=0003

Volkswirtschaft

Wegelin u. Hübner, Maschinenfabrik und Eisengießerei, Aktiengesellschaft in Halle a. S. In dem Prospekt über die von der Berliner Börse zugelassenen 2 Millionen Mark neuen Aktien heißt es: Im laufenden Jahr war der Auftrageingang bisher recht gut, so daß der Geschäftsgang als durchaus befriedigend bezeichnet werden kann. Ueber die Aussichten des laufenden Jahres können im Hinblick auf die gegenwärtige politische Lage Angaben nicht gemacht werden.

Gesellschaft für elektrische Unternehmungen in Berlin. Die Hauptversammlung setzte die Dividende auf 12 (i. V. 8) Prozent fest. Die Gesellschaft besitzt 6 Mill. Rubel Aktien der Kiewer Electricitätsgesellschaft; dieses Besitztum sei einfach verlorengegangen. Die Verwaltung habe natürlich den Schaden beim Reich angemeldet. Diese Schadenersatzforderungen dürften aber schlecht fortkommen, zumal die Entente sich das Recht vorbehalten hat, auf derartige Forderungen deutscher Staatsangehöriger die Beschlagnahme auszudehnen. Im übrigen hoffe man ja, in allernächster Zeit mit Rußland in Geschäftsverbindung zu kommen.

Preiserhöhung für Grubenholz. Nach einer Abmachung zwischen den Zechenverbänden Rheinlands und Westfalens und der Lieferantenvereinigung wurde der Preis für Grubenholz ab 1. April bis Ende September d. J. im Hinblick auf die Frachterhöhung auf 372 Mark das Kubikmeter heraufgesetzt.

Die städtische Sparkasse in Koburg erhielt die Genehmigung zur Ausgabe einer 4proz. Anleihe von 40 Mill. Mark.

Gewerbebank in Ohrdruf e. G. m. b. H. Nach dem Geschäftsbericht betrug der Umsatz auf einer Seite des Hauptbuches 284,38 Mill. Mark gegen 120,74 Mill. Mark im Vorjahre. Der Reingewinn stieg von 58 428 Mark auf 151 743 Mark. Die Reserven betrugen 365 000 Mark.

Aufhebung der Ausfuhrkontrolle für Wolle, Baumwolle, Seide und Jute. Die Ausfuhrkontrolle für Textilrohstoffe, die im wesentlichen aus dem Auslande bezogen werden, und zwar für Wolle, Baumwolle, Seide und Jute, ist, wie der „Konfektionär" mitteilt, aufgehoben worden. Ferner sind weitgehende Erleichterungen für Textilien des 5. Abschnitts des Zolltarifs eingetreten, so daß im wesentlichen nur noch die Garne, mit Ausnahme der Garne für den Einzelverkauf und Gewebe, unter Ausfuhrkontrolle bleiben.

Berliner Börsenberichte

Produktenbericht. Berlin, 10. Mai. Am Produktenmarkt war die Tendenz für Mais im Gegensatz zu der großen Festigkeit am Vormittag infolge der wesentlichen Abschwächung der Devisenkurse unentschieden. Die Käufer hielten sich mehr zurück, doch im Verkauf steigerte sich die Nachfrage nach Bezugsscheinen, die sich wesentlich höher als gestern stellten. Für Hülsenfrüchte blieb die feste Tendenz bestehen. Wiederum waren Futtererbsen stark gefragt. Oelkuchen waren gleichfalls fest. Rapskuchen stellten sich auf spätere Lieferung höher. Raps- und Leinsaat waren in ausländischer Ware sehr knapp bei höherem Preisgebot. Rauhfutter veränderte sich wenig.

Börsenstimmungsbild. Berlin, 10. Mai. Die Tendenz der Börse hatte auch heute einen festen Anstrich. Man rechnete mit der wahrscheinlichen Unterzeichnung des Ultimatums und knüpfte daran die Hoffnung, daß hierdurch die Besetzung des Ruhrreviers vermieden werden dürfte und eine Beruhigung in politischer Beziehung sowie möglicherweise eine Klärung der wirtschaftlichen Verhältnisse in gewisser Sinnlichkeit eintreten könnte. Es regte sich infolgedessen spekulative Kauflust, die im überwiegenden Anziehen der Kurse zur Folge hatte. Aus gleichem Grunde schwächten sich die Devisenkurse nicht unerheblich ab. Dieser Umstand trug dazu bei, die Börse in ihrer Ansicht zu bestärken. Th. Goldschmidt gewannen 23 Prozent. Valutapapiere zeigten keine gleichmäßige Kursentwicklung, stellten sich aber vorwiegend niedriger. Von festverzinslichen Werten waren ungarische wieder fest, deutsche allgemein gut behauptet.

Leipziger Notierungen.

Leipzig, den 10. Mai.

Chemnitzer Bankverein	195,–	Leipziger Malzfabrik	335,–
Leipziger Hypothekenbank	143,–	Mansfelder Kuxe	4740,–
Mitteldeutsche Privatbank	202,–	Oelanitzer Kuxe	825,–
Cröllwitzer Papier	—,–	Pittler, Leipzig	325,–
Glauziger Zuckerfbr.	590,–	Prehlitzer Stamm-A.	—,–
Gr. Leipziger Straßenbahn	5,–	„ Prioritäts-Akt.	—,–
Hallesche Zuckerraff.	381,–	Riebeckbier	—,–
Portland-Zement	161,–	do. Vorzugsaktien	227,–
Hugo Schneider, Paunsdorf	357,–	Rositzer Zuckerfabr.	116,–
Köbisdorfer Zukerf.	—,–	Rudelsburger Zementfabrik	575,–
Leipziger Kammgarnspinnerei	367,–	Sachsenwerk	216,–
		Sondermann & Stier	297,–
		Stöhr & Co.	218,–
		Zimmermann, Halle	512,–
		Zimmermann, Chemnitz	167,–
			195,–

Berliner Metallnotierungen:

Berlin, 10. Mai. Preise für 100 kg in Mark.

Raffinade-Kupfer 99—99,3 %	1575/1590	Orig.-Hütten-Alumin. (in Walzdraht od. Drahtform)	2650
Orig.-Hütten-Weichblei	590	Zinn (Banca-Straits-Australi	4900 4800 4800
Orig.-Hütten-Rohzink im freien Verkehr	650	Hüttenzinn (mind. 99 %)	4600
Remelted-Platten-Zink	410	Reinnickel (98-99 %)	4100
Orig.-Hütten-Alumin. 98-99 % (in gekerbten Blöcken)	2550	Antimon (Regulus)	700
		Silber in Barren, ca 900 fein für 1 kg	1630/1640
		Elektrolytkupfer p. 100 kg	1935

Devisen-Notierungen

Berlin, 10. Mai

	Geld	Brief		Geld	Brief
Amsterd.-Rottd.	2295,20	2299,80	Paris	539,45	540,55
Brüss.-Antwerp.	539,45	540,55	Schweiz	1148,85	1151,15
Christiania	1011,45	1013,55	Spanien	886,60	888,40
Kopenhagen	1158,80	1161,20	Wien (altes)	—,–	—,–
Stockholm	1523,95	1529,05	Oesterr. abgest.	13,85½	13,89½
Helsingfors	143,85	144,15	Prag	92,65	92,95
Italien	330,65	331,35	Budapest	32,46	32,54
London	258,20	258,80	Poln. Mark	7,65	7,75
New-York	64,68	64,82			

Berliner Produktenmarktpreise.

Nichtamtliche Ermittelungen per 50 kg ab Station.

	10. Mai	9. Mai
Speiseerbsen, Viktoriaerbsen	140—152	140—155
„ kleine	105—125	105—125
Futtererbsen	105—125	105—125
Linsen	— —	— —
Peluschken	95—105	95—105
Ackerbohnen	100—115	105—115
Wicken	80—90	80—90
Lupinen, blaue	42—45	42—45
„ gelbe	45—58	45—58
Seradella, alte	— —	— —
„ neue	50—55	50—55
Vicia villosa	— —	— —
Raps	200—220	195—205
Rübsen	— —	— —
Leinsaat	220—250	210—230
Mohn	— —	— —
Senfsaat	— —	— —
Hirse, inl. u. ausländische	— —	— —
Donauhirse	— —	— —
Trockenschnitzel	60—62	62—65
Torfmelasse	42—45	42—45
Häckselmelasse	— —	— —
Hafeschalenmelasse	— —	— —
Wiesenheu, lose	18—20	18—20
Kleeheu	— —	— —
Stroh, drahtgepreßt	17½—19	17½—19
„ gebündelt	16—17	16—17
Roggen-Langstroh	— —	— —
Runkelrüben	— —	— —
Möhren, rote	— —	— —
„ gelbe und weiße	— —	— —
Mais, loko Hamburg-Bremen	132	133—134
„ per Mai	125	125

Hauptschriftleiter: Helmut Böttcher.
Verantwortlich für Politik: Helmut Böttcher; für politische Nachrichten i. V. Ernst Meissner; für Wirtschaftsteil, Provinz u. Sport: Hans Hellige; für den gesamten übrigen redaktionellen Teil i. V.: Rothar Heberer. Für den Anzeigenteil: Paul Kersten, sämtlich in Halle a. S.
Otto Thiele, Buch- u. Kunstdruckerei, Verlag der Hallischen Zeitung, Halle a. S.

Schräge unterstrichene Ziffern bedeuten Dividendenvorschläge

Berliner Börse vom 10. Mai 1921.

Festverzinsl. Wertpapiere

		heute	gestern
D.Reks-Sch.	14/5	5	99 50	99 75
do.	II 15	5	99 50	99 75
do.	III 17	5	99 75	— —
do.	IV-V 16	4½	82 30	82 25
do.	VI-IX aufg.	4½	72 10	72 00
do.	III. 1924	4½	94 00	94 00
Dt. Rchs.-Anl.		5	77 50	77 50
do.	do.	4	69 50	70 20
do.	do.	3½	64 00	64 70
do.	do.	3	70 30	71 40
Schutzgb.-Anl.		4	71 10	70 90
1% Sparpr.-Anl.		3	53 50	53 50
Pr. St.-Sch.	21	5	99 30	99 30
do.	22	5	99 30	99 30
do.	24 (Ilb.)	4½	84 80	84 80
do.	(auslosb.)	4	85 50	88 50
Pr. kons. Anl.		4	68 20	68 20
do. (Staff.-A.)		3½	59 00	59 70
do.	03	3½	50 00	59 10
do.	do.	3	54 10	54 10
Bad. A. 08-14		4	73 00	72 70
Bayr. Anl.		3	78 30	78 30
do.		3½	66 25	66 00
do. Land-Kult.		3	— —	— —
do. Eisb.-Obl.		3	61 10	61 10
Hamb. St.-R.		3½	73 25	73 50
do. St.-A.	19	4½	94 50	93 50
do. do.	07-14	4	— —	89 60
Hess. Anl.		4	— —	74 30
do.		3	85 75	85 50
Sächs. St.-A.	19	3	73 25	73 25
do. St.-It.		3	56 25	56 00
Württ. St.-A.		4	80 25	79 50
Fr. C.-B. 99-01		4	91 00	— —
Westpr. ritt. I		4	53 00	54 00
do. II		4	52 75	54 00
do. neul.		4	54 75	61 75
do. ritt. I		3½	— —	— —
do. II		3½	— —	57 00
do. II		3½	50 25	— —
do. neul.		3½	51 00	— —

Stadtanleihen

		heute	gestern
Berliner	04	4	87 50	87 25
do.	30	3½	82 00	82 00
do.	12	4	85 00	85 00
Chlldg.	89-98	4	91 75	91 40
Erfurt v. St.-A.		4	— —	73 25
do.		3½	— —	— —
Frankf/M 07-11		4	98 75	98 00
do.	12	4	98 75	98 00
Münch. St-A 14		4	— —	93 50
Nürnb. St.-A.		4	— —	— —
Potsdam 1919		4	— —	— —
Schöneberg.	07	4	75 50	75 10
Stettiner		3½	— —	— —
do.		4	— —	81 60

Pfandbriefe

		heute	gestern
Berliner neue	4	91 00	91 50
do. do.	3½	82 00	82 00
Brandenbg.	4	95 00	95 00
Ostpreußische	4	83 00	83 00
do.	3½	72 00	72 00
Pommern	4	94 00	98 00
do.	3½	— —	84 00
Posensche I.-D.	4	21 75	20 50
do. I.-E.	4	21 75	— —
do. II-17	3½	— —	— —
Sächs. Provat.	4	91 75	91 50
do. do.	3½	91 75	91 50
do. do.	3	75 75	76 50
Schles. Land. A.	4	83 00	83 00
do. A.	3½	82 25	82 25
Westfälische	4	102 00	102 10
Westpr. ritt. I	4	53 50	54 00
do. S. I	3½	54 75	— —
Berl. Hypoth.	4	91 40	91 00
Dt. Hypoth.	4	91 00	91 00
Meiningen	4	94 50	94 50
Pr. Boden	4	92 75	92 75
Pr. Hypoth.	4	90 00	90 00

Ausländ. festverzinsliche Wertpapiere

		heute	gestern
Mexiko 1899	5	731 00	746 00
do. 1904	5	850 00	— —
Oest. St-Sch.	14	32 00	33 50
do. Elsb. A.	4	22 75	23 50
do. Goldanl.	4	40 10	39 00
do. Kronen R.	4	26 00	27 25
do. do. R.	4	26 00	26 00
do. Silb. R.	4½	— —	24 25
do. Pap. R.	4½	23 00	— —
Rum. konvert.	4	102 00	100 00
Türk. Adm. A.	4	70 00	70 00
do. Bagd.-B. I	4	120 00	120 50
do. do. II	4	120 00	— —
Türk. unif. A.	—	— —	180 00
do. A. 05	4	68 75	64 00
do. A. 08	4	61 00	60 00
Bo. Zoll-Obl.	4½	23 00	20 50

		heute	gestern
Türkenlose		— —	12 00
Ung. St. R.	12	4½	33 75	34 50
do.	13	4½	33 75	34 50
Ung. Gold.-I.	4	49 80	50 00
do. St. R.	10	4	32 00	32 50
do. Kronen-I.	4	30 10	30 25
Wien Inv. A.	62	4	44 25	43 00
do. St.-A.	98	4	21 75	21 00
Mex. Bew.-A.	4	45 00	47 00
Ost.-U. St.B.	alt	3	56 00	55 50
do. 9. Serie	74	3	— —	44 50
do. Erg.-Mets		3	— —	— —
do. Goldpriorr.		4	— —	— —
Südöstl. E.n. Pr		2½	87 50	93 00
do. neue Pr.		2½	68 70	71 00
do. Obl.		4	— —	36 75
Anatolier	I	4½	— —	— —
do.	II	4½	117 50	118 75
do.	III	4½	103 00	118 75

Kolonialwerte

		heute	gestern
Dt. Ostafrika		—	190 00	190 00
Kamer.-Eis. B.		—	129 50	126 75
Neu-Guinea		—	440 00	450 00
Otavi-Min. u. Eb		—	460 00	465 00
do. Genußsch.		—	406 00	430 75
South W-Afrik.		—	194 00	188 50

Ausl. Eisenb.-Aktien

		heute	gestern
Oest.-Ung. St.	74½	—	132 50	132 00
Südöst. Lomb.		—	— —	— —
Baltim. u. Ohio		—	— —	— —
Canada		—	577 50	598 00
Pennsylvania		—	— —	— —
Anatolier		—	— —	— —
Ges. Pr. Hein.		—	390 00	400 00
Orient Eisenb.		—	— —	— —

Deutsche Eisenb.-Akt.

		heute	gestern
Braunsch. Ld.	5½	—	—	102 25
Halberst.-Blank	0	—	82 50	82 50
Halle-Hedst.	0	—	70 50	70 50
Schantung-B.		—	546 00	549 00
do. Genußsch.		—	1850 0	1830 0

Dt. Klein- u. Straßenb.

		heute	gestern
Allg. Dt. Klb.	3	3	77 50	79 00
do. Lok.-u. Str.	7½	—	129 00	129 00
Dt. Eisenbhr.	7	—	125 00	125 00
Erfurt. E.St.B.	7½	—	72 00	72 00
Gr. Berl. Str.B.	4½	—	— —	— —
Gr. Kasnel. Stb.	0	—	88 00	81 00
Hann. Stb. V.A.	6	—	107 00	105 00
Magdeb. Strb.	4	—	110 00	106 00
Stettiner Strb.		—	— —	— —
Südd. Eisenb.	0	—	115 00	108 75

Schiffahrts-Aktien

		heute	gestern
Argo Dampfs.	22	—	— —	— —
Dt. Aust. Dpf.	10	—	376 00	373 25
Hbg. Am.-Pak.	8	—	158 75	157 00
Hbg. Sdam. Dpf	16	—	365 00	362 50
Hansa Dampf.	10	—	290 00	287 00
Nordd. Lloyd	8	—	144 00	143 00
Schles. Dampf.	15	—	— —	— —
Ver. Elbeschiff	22	—	281 00	279 75

Bankaktien

		heute	gestern
Bk. f. Brauind.	7	—	189 00	193 00
do. f. Thüring.	9	—	— —	— —
Barmer Bankv.	10	—	152 00	153 00
Berl. Handl. Ges	10	—	148 00	148 00
do. Hypoth. B.	6	—	102 00	102 12
Braunschw. B.	4½	—	166 00	165 00
Bremer Hyp. B	5½	—	— —	— —
Centrb. f. Bldn.	9	—	— —	— —
Chemn. Bkv.	7	—	195 00	208 50
Cob.-Gotha Cr.	7	—	— —	— —
Com.- u. Pr.-B.	9	—	207 75	206 50
Danz. Privatb.	12	—	152 00	153 00
Darmst. Bank	10	—	179 00	180 00
Dess. Ldsb.	10	—	159 00	150 00
Dt.-Asiat. B.	—	—	411 00	412 00
Deutsche Bk.	12	—	290 00	290 00
Dt. Eff.u.W.-B.	7	—	— —	— —
Dt. Hyp. Bk.	7½	—	— —	— —
Dt. Ueberseeb.	30	—	669 50	664 75
Disconto Ges.	14	—	240 00	239 00
Dresdner Bk.	9	—	210 00	210 00
Ess. Credit. A.	9	—	189 50	188 25
Gothaer Grdkrdb.	10	—	161 00	163 00
Hamb. Hyp.-B.	10	—	179 75	180 00
Hannov. B.	8	—	— —	— —
Hildesh. B.	10	—	— —	200 00
Leipz. Cred. A	9	—	193 87	192 75
Luxemb. Int. B.	—	—	245 00	247 50
Meinigr. Hyp. B.	8	—	145 00	145 00
Mitteldt. Cr.-B.	22	—	176 25	176 50
Mitteld. Pr.-B.	9	—	202 00	202 00
Natib. D.	10	—	124 50	128 00
Nordd. Grdk.-B.	6	—	116 50	117 90
Oest. L. H. v. G.	7	—	157 00	156 50

		heute	gestern
Oesterr. Cred.	11½	—	67 00	69 75
do. Ländb.	6	—	84 50	83 00
Pfälz. B.	7	—	152 00	154 25
do. Hyp. B.	2	—	— —	— —
Potsdam. Kr.-B.	9	—	150 00	150 00
Preuß. Bodkr.	7½	—	136 00	138 25
do. Ctrbod. Cr	8	—	150 00	149 75
do. Hyp. B.	7	—	123 25	123 00
do. Pfdbr.	7	—	131 25	131 25
Reichsbank	5½	—	137 00	139 00
Rhein. Cred. B.	7	—	161 25	161 25
Sächs. Bank	8½	—	272 50	273 00
Südd. Bodkr. B.	8	—	— —	— —
do. Disc. Ges.	8	—	195 00	194 50
Wiener Bkver.	8½	—	45 00	43 50
Würt. Vereinsb.	7	—	— —	— —
do. Vereinsb.	7	—	— —	— —

Berliner Brauereien

		heute	gestern
Engelhardt	15	—	359 75	361 00
Patzenhofer	12	—	— —	— —
Schultb.-Patz.	12	—	419 00	411 00

Auswärtige Brauereien

		heute	gestern
Brauh. Nürnb.	12	—	— —	— —
BüchnerErfurt	6	—	— —	— —
Dortm. Union	15	—	478 00	478 00
Henningerberl	18	—	157 00	— —
Heß&Eichenlas	18	—	263 00	270 00
Leipz. Riebeck	16	—	225 00	227 00
Reichelbräu	12	—	347 00	347 00
Sinner	15	—	615 00	618 00
v. Tucher	10	—	— —	— —

Industrieaktien

		heute	gestern
Aachen Spinn.	32	498 75	500 00
Akkumul. F.	20	415 00	415 00
Adler-Fahrrad	20	430 00	430 00
Adler & Opph.	—	850 50	825 00
Adler-Werke	10	224 75	224 75
A.-G. f. Anilin	22	420 00	422 00
A.-G. f. B-Ausf.	15	245 00	249 75
Alexanderwk.	12	235 00	230 25
Alfeld-Gronau	22	435 00	420 00
Allg. Berl. Omn.	0	193 50	197 75
Allg. Elektr. G.	14	281 50	280 25
Alsen'Zement	19	325 00	325 00
Altmärk. Brkl.	18	2000 0	2020 0
Ammend. Pap.	60	720 00	734 00
Augsb.-Cont. G.	15	360 00	362 00
Aschaffer Kokl.	12	450 00	445 00
do. do. V. A	6	131 00	132 00
Ankerwerke	12	294 75	292 00
Annab. Steing.	25	— —	— —
Annener G.	20	— —	— —
Aplerb. A.-V.	2	— —	— —
Archimedes	35	485 00	480 00
Areab. Bergb.	23	883 00	883 00
Arnad. Pap.	—	— —	— —
Aschaffenb. P.	25	500 00	496 50
Augsb. Nrbg. M	12	438 25	442 00
do. junge	—	— —	— —
Bachm. u. Lwg.	40	440 00	430 00
Badi. Anil. u. B.	20	493 00	498 50
Baer & Co. Ges.	15	985 00	1020 0
Balcke Masch.	30	480 00	485 00
Bambg. Masch.	18	195 00	195 00
Barcoper Wrk.	50	560 00	565 00
Bay. Celluloid	42	474 50	475 00
do. Bartstein	10	265 00	260 00
do. Spiegelgl	42	545 00	547 00
Bedburg. Wolle	25	499 87	499 75
Bemberg J. V.	20	395 00	393 00
Berg. Stahlw.	20	247 50	252 50
Berger Tiefb.	22	412 00	405 00
Bergm. Elektr.	22	333 00	335 50
Berl. A. Nr. G.	12	225 75	225 00
do. Elektr. W	10	249 75	248 50
do. Gub. Hutf.	46	745 00	725 00
do. Kabelwerk	12	183 00	189 00
do. Lutesp. V. A	6	340 50	340 00
do. M. Schwalb.	18	302 00	302 00
Berth. Messg.	12	296 00	297 00
Bernfeld u. Bl.	12	399 00	390 00
Bing, Nrbg.	18	270 50	272 50
Bismarckhütte	28	707 00	710 00
Bochum. Guß	15	423 00	425 25
Böhler & Co.	16	632 00	621 00
Böperde Wwe.	20	425 00	398 00
Braunk. u. Brik	18	404 75	400 00
Brschw. Kohle	20	625 00	621 00
Brschw. Masch.	12	455 00	445 00
Bremer Linol.	40	440 00	432 00
do. Vulkan	15	645 00	650 00
do. Wollkäm.	25	450 00	450 00
Brieser Spr.	25	710 00	688 00
Brown Boveri	9	— —	— —
Buderus Eisen	12	557 00	540 25
Busch Em. opt.	20	400 00	400 00
do. F. W. Ldd.	30	610 00	595 00
do. Wagg V. A.	30	464 50	470 00
Butzke Metall	12	230 00	221 00
Bürk. Geld.-Wrk	12	247 00	246 00

		heute	gestern
Capito & Klein	25	640 00	620 00
Carol. Braunk.	30	720 00	700 00
Carton. Losch.	20	372 50	370 25
Charlbg. W.	9	194 00	195 00
Charlottenh.	28	1150 0	1150 0
Chem. Grünth.	15	403 00	402 50
do. Grünau	12	386 00	398 00
do. v. Heyden	26	375 00	377 75
do. Milch&Co.	15	292 50	292 50
do. Weiler	12	372 00	372 00
do. Fab. Gels.	12	711 50	706 00
do. Werk Alb.	30	578 00	578 00
Chemn. Wrkz.	10	199 50	192 00
Concord. Bkv.	—	408 50	408 50
Cont. Chemn. F.	75	680 00	686 00
do. Spinnerei	25	286 00	286 00
Cons. Schalke	22	845 00	860 00
Contb. Masch.	20	320 50	318 00
Cröllwis. Pap.	15	— —	464 00
Daimler Mot.	5	176 00	176 75
Dalmenh. Lin.	25	405 00	400 00
Dessauer Gas	10	256 00	254 00
Dt. Atl. Telegr.	—	218 00	217 00
Dtsch. Lux. B.	26	294 25	294 00
do. Niederl. Tel	6	255 00	259 00
do. Südam. Tel.	—	210 50	203 25
do. Webers. El.	—	1160 0	1165 0
do. V. A.	—	— —	— —
do. Asphalt	30	455 00	453 00
do. Babcock	20	— —	— —
do. Eschd.	45	914 00	910 00
do. Gußst. Kug	15	274 75	274 00
do. Jutespinn.	22	540 00	526 00
do. Kalkwerke	15	360 00	355 00
do. Kunstled.	14	215 00	212 50
do. Schachtb.	22	589 00	587 50
do. Spiegelgl.	12	460 00	450 00
do. Steinzeug	20	285 00	283 00
do. Ton-u. St	18	318 00	309 00
do. Waffen. A.	12	586 00	583 00
do. Wollwaren	22	436 00	443 00
do. Eisenh.	15	270 00	270 00
Dinnend. R. W.	16	— —	280 00
Donnersmhütt.	15	643 00	643 00
Döring&Lehrm	6	232 50	228 50
do. V. A.	6	116 00	115 50
Dresdn. Gard.	20	361 00	353 00
Dürener Met.	15	629 00	620 00
Düsseldf. Eis.	18	653 00	646 00
Düss. Eis. Wey.	14	434 00	426 00
do. Eis., Draht	8½	— —	— —
do. Essen.	20	408 00	397 50
do. Kammgrn.	12	427 00	427 00
Duxer Kohlen	10	— —	— —
Dynam. Nobel	16	360 25	363 00
Eckert Masch.	10	400 00	400 00
Eggest. Salzw.	35	420 00	420 00
Eisbrg. Kaut.	30	349 00	345 00
Eintr. Braunk.	22	530 00	525 00
Eisenbahnverk	45	461 00	460 25
Eisenerz A.-G.	0	163 00	163 75
Eisenb. Silesia	14	— —	— —
Eisenw. Kraft	6	620 00	625 00
Eisenw. Meyer	12	408 00	400 00
Elberf. Farb.	20	447 50	448 75
Elektra Dresd.	5	— —	— —
Elektr. Anlage	6	185 00	189 00
Elektr. Lieff.	14	223 00	217 50
do. Lichtu. Kr.	10	195 00	193 00
do. Ütn. Zür.	4	— —	130 00
Elsbach, J&Co.	20	380 50	380 00
Em. Stw. Ulrich	9	268 00	266 00
Erdmannsd. Sp	18	304 00	300 00
Erlanger Bkv.	20	347 50	350 00
Eschw. Bgwk.	12	306 50	306 00
Essener Stk.	12	380 00	362 00
Excelsior Fahr.	20	295 00	292 50
Faber Bleist.	25	430 00	453 00
Facon Mannest.	9	— —	— —
Feldmühle Gard.	20	338 50	331 00
Feldmühle P.	22	331 00	335 00
Felten & Guill.	20	574 50	560 00
Fenix Brasil.	12	304 00	302 00
Flöther Masch	15	548 00	560 00
Frankonia	30	333 00	331 00
Frankf. Kalli	16	1240 0	1240 0
Frdr. Hütte	25	— —	870 00
Fristor R.	22	250 00	257 00
Gaggenauer E.	12	275 00	264 25
Gasmot. Deutz	10	285 00	280 00
Gebhardt & Co.	15	345 00	345 00
Gebh. & König	0	310 00	303 00
Gelsw. Eisen	25	— —	— —
Gelsenk. Bwk.	10	323 00	314 87
do. Guß	10	351 00	339 00
Genschow. G.	12	354 50	360 50
Gg.-Marg.-Bgw.	8	420 00	418 00
Gerhat. Renner	12	412 00	401 00
Gerresh. Glas	25	570 00	562 00
Ges. f. el. Unt.	12	194 75	192 25
Giesel Pz. m.	30	346 00	350 00
Girmes, J. & Co.	25	319 00	319 00
Glanz. Zeck.	25	580 50	585 00

		heute	gestern
Goldhardt Gbr.	0	750 00	732 00
Goldschmidt T.	20	646 50	620 00
Göhlitzer M.	12	312 00	308 00
do. Waggon	24	412 00	415 00
Gotha do.	20	515 00	514 00
Gruson Werke	14	670 00	665 00
Grün. Masch.	25	385 00	378 00
Grün & Bilfing.	10	268 00	268 00
Gutm. Masch.	36	648 00	639 50
Hacket. Masch.	20	330 00	320 00
Hall. Masch.	24	725 00	710 00
Hamburger P. H.	12	376 00	370 00
Hann. Masch.	30	599 75	595 00
do. E. Wagg.	20	390 00	390 00
Harb. Werke	12	360 00	360 00
Hark. B. St. P.	16½	361 00	356 50
do. Brückb. kv.	20	310 00	298 00
do. do. St. P.	21	380 00	374 00
Harp. Bergbau	12	466 00	458 00
Hart